



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/127

Bonn, 5. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Schuman-Plan II.	S. 1
Redaktionelle Mitteilung	S. 3
Ein Bündnis gegen Franco	S. 3
Kritik am Verhalten des Westens	S. 5
Kampf um Pressefreiheit	S. 6
Paßschwierigkeiten im Osten	S. 7

Schuman-Plan in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler, MdB.

II. Die Investition

Nach dem Inhalt des jetzt vorliegenden Vertragsentwurfes sind die der Hohen Behörde unterstellten Unternehmen der Kohlen- und Stahlindustrie nur in der aus eigenen Mitteln bestrittenen Investitionen frei. Investitionen aus fremden Mitteln, aus Bankkrediten z.B., unterliegen der Entscheidung der Hohen Behörde. Was bedeutet das für die beteiligten Wirtschaften?

Der deutsche Kohlenbergbau hat einen ungeheuren aufgestauten Investitionsbedarf. Für ihn sind zunächst aus dieser Bestimmung wohl keine Gefahren zu befürchten, denn bei der heute in Europa herrschenden Kohlennot wird auch die Hohe Behörde nichts gegen Investitionen in der deutschen Kohlenwirtschaft einzuwenden haben.

Anders liegt es dagegen beim Stahl. Die deutschen Stahlwerke sind in ihrer Kapazität durch Kriegsfolgen und Demontagen ausserordentlich zurückgegangen. In den Nachkriegsjahren ist dagegen die Stahlindustrie in den anderen Ländern des künftigen Schuman-Planes kräftig ausgebaut worden. Noch während in Deutschland Walzwerke abgebaut wurden, entstanden in Frankreich, ja sogar in Italien, grosse moderne Anlagen aus Geldern der Marshallplanhilfe.

Der französische Planungskommissar Monnet hat nie verschwiegen, dass sein Ziel nicht nur die Erreichung einer französischen Stahlkapazität von 15 Mill. t im Jahre ist, sondern auf alle Fälle eine grössere Stahlerzeugung in Frankreich als in Deutschland.

Vom Standpunkt der französischen Sicherheitswünsche aus ist dieses Bemühen verständlich. Es hat aber nichts mit dem ohne Ressentiments und ohne Rücksicht auf eine böse Vergangenheit angeblich den Schumanplan beherrschenden Geist europäischer Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Vernunft unter völlig Gleichberechtigten zu tun. Das Gebot der Vernunft lautet, den Stahl dort zu produzieren, wo er am billigsten hergestellt werden kann. Das Gebot der Vernunft hätte also in den vergangenen Jahren schon gelautet: nicht in Ruhrgebiet zu demontieren und anderwärts dafür aufzubauen, sondern die Stahlindustrie am günstigsten europäischen Produktionsort stehen zu lassen. Das Gebot der Vernunft würde heute also lauten, die künftigen Investitionen mindestens bis zur Erreichung des durch Kriegsfolgen und Demontagen verloren gegangenen früheren Anteilverhältnisses der deutschen Produktion im wesentlichen nach Deutschland zu lenken. Das ist keine Frage besonderen deutschen nationalen Egoismus. Das ist einfach eine Frage der Vermeidung von Fehlinvestitionen und der Vermeidung der Verschwendung von Geldern, die die gesamte europäische Wirtschaft für ihre Produktionssteigerung dringend braucht.

Wäre gleichzeitig mit der Formulierung des Vertragsentwurfes eine Absprache über die zukünftige Investitionspolitik der Hohen Behörde erreicht worden, dann könnten wir heute über manches Problem des Schuman-Planes ruhiger schlafen. Leider ist das nicht geschehen. Es scheinen nicht einmal ernsthafte Bemühungen in dieser Richtung unternommen worden zu sein. Jedenfalls hat die deutsche Öffentlichkeit nichts davon erfahren. Sie kann sich ja ohnehin nicht über eine zu gründliche Unterrichtung über die Einzelheiten des Vertrages und seine Auswirkungen durch die Bundesregierung beklagen.

Bei der schwachen Position, die Deutschland in den Organen der Hohen Behörde haben wird, ist zu befürchten, dass auch künftig die Investitionen nicht vom Gesichtspunkt des höchsten wirtschaftlichen

europäischen Nutzeffektes her gelenkt werden, sondern vom Gesichtspunkt der Sicherheitwünsche unserer westlichen Vertragspartner und ihrer nationalen Konkurrenzinteressen. Die Wirtschaft des über-völkerten Deutschland ist in einem ganz anderen Ausmass auf eine gut ausgebaute Stahlindustrie angewiesen als Frankreich oder gar Italien. Umso verständlicher ist es, dass wir auch bei der Investitions-politik beachten müssen, dass es sich bei Kohle und Stahl um das Herz unserer Wirtschaft handelt, während es sich bei einigen anderen Vertragspartnern auf diesen beiden Gebieten im wesentlichen um weniger lebenswichtige Teile dreht.

+ + +

+ +

An unsere Bezisher und Mitarbeiter!

Diese Ausgabe unseres Dienstes erscheint zum erstenmale aus Bonn. Unsere neue Adresse lautet für die Ausgaben "Politik" und "Volkswirtschaft": Bonn-Rh., Friedrich-Ebert-Allee 170. An diese Adresse erbitten wir auch die vertraglichen Frei-Exemplare der uns angeschlossenen Zeitungen (bitte sagen Sie das Ihrer Vertriebs- Abteilung) und alle Zuschriften an die Redaktion. Ausser über die bereits mitgeteilte Telefon-Nummer: 7654-59 des Parteivorstandes der SPD sind wir direkt über die Nummern 8122 und 8123 zu erreichen.

"Feuilleton" und Geschäftsleitung sind noch in Hannover verblieben, von wo aus alle Geschäftskorrespondenzen und Abrechnungen erfolgen. Das "Feuilleton" erbittet sich vorübergehend ein weiteres Frei-Exemplar nach Hannover (Georgstr. 33 V). Für den Ausfall unseres Dienstes am Montag, 4. Juni, bitten wir um Verständnis.

Redaktion und Geschäftsleitung des
SPD-Presseedienstes

+

Sozialisten und Monarchisten in Spanien

F.H. Drei Tatsachen heben sich klar aus den Berichten ab, die aus Spanien in die freie Welt dringen. Demnach haben die Kommunisten bei den letzten Streikbewegungen überhaupt keine Rolle gespielt. Der Versuch, Barcelona und Madrid auf das bolschewistische Konto

5. Juni 1951.

zu verbuchen, ist eine glatte Lüge, die nur Franco zugute kommt und deren er sich auch weidlich bedient. Die Streiks und der passive Widerstand verliefen straff diszipliniert. Die dritte Tatsache ist, dass ausser in den Arbeiterzentren der Streik am vollständigsten in den Provinzen Navarra und Alavesia war, Provinzen, die immer das Rückgrat des spanischen Monarchismus bildeten. 1936 hatte der Aufstand gegen die republikanische Regierung in Pamplona begonnen, der rein monarchistischen Hauptstadt der Provinz Navarra, im Mai 1951 wandte sich diese Stadt und Provinz ebenso einheitlich gegen Franco. Nicht nur die sozialistischen Arbeiter, sondern auch die Monarchisten stehen heute im "Kalten Krieg" gegen Franco.

Die spanische sozialistische Partei (im Exil) hat diese Entwicklung vorausgesehen. Schon 1948 nahm sie Fühlung mit den Monarchisten auf. Schliesslich wurde ein Abkommen getroffen, dessen zwei Grundsätze sind: Gemeinsamkeit in Bekämpfung der Diktatur Francos, Freiheit in der demokratischen Auseinandersetzung zwischen monarchistischer und sozialistisch-republikanischer Idee. Das Abkommen zwischen der "Spanischen Föderation der monarchistischen Kräfte" und der "Sozialistischen Arbeiterpartei", dem sich auch die "Allgemeine Union der Arbeiter", die spanischen Gewerkschaften anschlossen, ist von den Monarchisten Anfang 1951 und von einem ausserordentlichen Parteitag der spanischen Sozialisten sowie dem Jahreskongress der Gewerkschaften Ende April ratifiziert worden. Beide Teile verpflichteten sich, "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" die Diktatur Francos zu stürzen. Nach dem Abgang Francos sei eine provisorische Regierung "ohne definitiven konstitutionellen Charakter" zu bilden, die die bürgerlichen Rechte wiederherstellt und eine Volksabstimmung über die Frage Monarchie oder Republik vorbereitet.

Die Sozialisten sahen sich zu diesem Abkommen nicht zuletzt deshalb gezwungen, weil einerseits demokratische Kräfte des Auslandes, auf deren Hilfe man gezählt hatte, wie die Vereinigten Staaten, mit Franco paktierten und sichtlich weiter paktieren wollen. Sie stimmen andererseits mit den spanischen Monarchisten in der Ablehnung des baskischen und katalonischen Separatismus überein; wie die Monarchisten wollen sie Spanien ungeteilt bewahren. Die Kommunisten werden als Bundesgenossen abgelehnt, weil sie weniger gegen Franco als für

Stalin kämpfen, während die Anarchisten jegliche staatliche Autorität verneinen.

Unter den von der Polizei neuerdings festgesetzten Personen befinden sich neben Arbeiterfunktionären katholische Landpriester der Provinz Navarra, niedere und höhere Beamte der Kommunalverwaltung Madrids und der Provinzregierung Barcelonas und Studenten. Sogar Offiziere der Polizei und des Heeres sind einer Bespitzelung ausgesetzt. Die Franco zuerkannte internationale Salonfähigkeit hat auf den spanischen Stolz sichtlich keinen grossen Eindruck gemacht.

+ + +

Psychologische Fehler des Westens

F. Hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands hat die Bundesregierung bisher manche Unterlassungssünde begangen. So war und ist ein nachwirkender Kardinalfehler, dass dem offiziellen Osten in der Einheitsfrage überhaupt lange Zeit das Feld allein überlassen wurde. Der offizielle Westen - womit wir den ganzen Westen meinen - schwieg sich zunächst völlig aus, und wenn er sich gelegentlich zu einer Stellungnahme zu diesem Problem Nummer 1 für Deutschland aufschwang, dann war diese in der Regel unrühmlich verklausuliert, von Unlust getränkt, wenn nicht gar deutlich ablehnend, wie etwa bis auf den heutigen Tag vonseiten Frankreichs.

Andererseits, die Bundesrepublik besitzt in Berlin einen Aussenposten von unschätzbarem Wert, auch und gerade in Hinsicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bewohner der Sowjetzone, für die Westberlin eine Art Leuchtturm darstellt, registrieren mit dem feinnervigen Gefühl der im Ghetto Lebenden, wie zögernd die Bundesregierung diesem Vorposten Hilfe angedeihen lässt. Mehr noch: dass offensichtlich die Bundesregierung noch immer nicht voll erkannt hat, wie sehr sie diesem Berliner Bollwerk ihre eigene Existenz im weitesten Sinne des Wortes verdankt. Während und auch noch nach der Blockade gab es heutige Bundesminister und Staatssekretäre, die ihre Forderung, man solle Berlin endlich abschreiben, für der Weisheit letzten Schluss hielten.

In krasssem Gegensatz dazu steht die landläufige Neigung vieler Stellen und Personen im Westen, gönnerhaft oder schulmeisterlich

dem Osten gegenüber aufzutreten. Die freie Welt muss der stetigen Versuchung widerstehen, ihre Vorteile und Vorzüge mit Überheblichkeit anzubieten, so, als ob die Entrechteten und Geknechteten sich ihr bitteres Los freiwillig gezogen hätten und allzumal Dummköpfe seien. Wer nicht unter der Knute von SED und SSD zu vegetieren gezwungen ist, hat es leicht, Ermahnungen und Warnungen auszuteilen. Sie nützen nichts, staat dessen aber erzeugen sie ein Gefühl der Bitternis. Die Angesprochenen schliessen nämlich aus der Bevormundung richtig, dass die Apostel mit dem erhobenen Zeigefinger nur sehr wenig vom tatsächlichen Schicksal und den wirklichen Verhältnissen der Vergewaltigten wissen. Besonders von jenen, die, solange sie in der Sowjetzone wirkten, sich duckten und ducken mussten, sind manche, sobald sie westliche Freiheit atmen, nicht selten von einer etwas peinlichen Furcht befallen.

Es gibt genügend Wirkungsmöglichkeiten, denen gegenüber die SED und ihre sowjetischen Auftraggeber machtlos sind: westliche Massnahmen und Initiativen, die nicht mit Polizei-Aktionen in der SBZ beantwortet werden können. Darüber wird im Einzelnen noch zu berichten sein.

+ + +

Ein Bürgermeister und ein Oberstaatsanwalt

A.K. Bürgermeister Döbert aus Oberzhausen im Kreis Offenbach hatte vor kurzem der in Oberzhausen als Lokalzeitung erscheinenden "Offenbach-Post" mitgeteilt, dass ab sofort keine Berichte mehr über die öffentlichen Sitzungen der Gemeinde-Vertretung veröffentlicht werden dürften, bevor sie nicht der Gemeinde-Vertretung zur Zensur vorgelegen hätten. Zuwiderhandelnde Journalisten dürften keine Sitzung der Gemeinde-Vertretung mehr besuchen. Hinweis auf im Grundgesetz gesicherte Pressefreiheit nützte nichts. Nun wird ein Darmstädter Journalist den Bürgermeister Döbert wegen Verletzung der Pressefreiheit vor dem Staatsgerichtshof verklagen.

Ein zweiter Fall hat sich in Frankfurt ereignet, wo Oberstaatsanwalt Dr. Kosterlitz verfügt hat, dass die Polizei in allen Fällen, in denen ^{sie} sich bereits eingeschaltet habe, der Presse keinerlei Auskunft mehr geben darf. Der Hessische Journalistenverband ist darauf-

hin beim hessischen Justizminister vorstellig geworden und hat den Minister gebeten, die Aufhebung dieser Massnahme anzuerkennen. Ausserdem wird zurzeit geprüft, ob eine Klage vor dem Verwaltungsgericht angestrengt werden soll.

+ + +

"Deutsche an einen Tisch"

(sp) Aufgrund einer neuen Anordnung wurde die Ausstellung von Interzonenpässen an Ostzonen-Bewohner weiter erschwert, obwohl es bisher schon als Glückstreffer zu werten war, wenn man dieses Papier bekam. In Mecklenburg beispielsweise wurde in den beiden letzten Jahren nur zehn Prozent aller entsprechenden Anträge bewilligt. Die Steuerbehörde, der kommunistische FDGB, der "Block der antifaschistischen Parteien", die örtliche Volkspolizei und die Betriebsgewerkschaftsleitung - sie alle mussten vor Einreichung des Antrages um "Zustimmung" ersucht werden. Jetzt müssen sich - und das ist das sechste Sieb - auch die Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes einschalten. Jeder Antragsteller wird eingehend nach Zweck und Ziel der Reise verhört. Nur "zuverlässige, fortschrittliche Antragsteller" haben künftig Aussicht, einen Pass zu erhalten. Ferner warnte Politchef Ulbricht alle Ostzonenbewohner vor Reisen in die Bundesrepublik, "da sie dort von alliierten Spionagestellen missbraucht würden".

Hinzu kommt eine seit kurzem verschärfte Postzensur. Vom Staatssicherheitsdienst wurden besonders zuverlässige Kräfte für diese Aufgabe abgestellt und bei allen Postdirektionsbezirken sind sowjetische Kontrollorgane geschaffen. Der "Eiserne Vorhang" wird zukünftig noch dichter werden.

Verantwortlich: Peter Raunau